

Niederschrift

über die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses am Montag, 25.02.2019 um 16:00 Uhr, im Raum 105 des Rathauses (Am Rathaus 1 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Torsten Brehmer SPD

stell. Vorsitz

Herr Reinhard Zenker CDU

Ratsmitglieder

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Hartmut Toska Bündnis90/Die Grünen

Herr Klaus Dupke SPD für Herrn Daniels

Sachkundige Bürger/innen

Herr Frank Sondermann SPD

Herr Peter Groß CDU

Herr Kevin Schneider CDU

Frau Dörthe Dylewski FDP

Frau Ulrike Ellendt-Kelzenberg BÜRGERAKTION

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden für Herrn Hoppe

Von der Verwaltung

Frau Birgit Alkenings Stadt Hilden

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Beigeordnete Rita Hoff Stadt Hilden

Frau Gleichstellungsbeauftragte Monika Ortmanns Stadt Hilden

Frau Claudia Rehag Personalrat

Frau Anke Maurer

Herr Torsten Schlüter Stadt Hilden

Frau Gabriele Zaremba

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden
- 3 Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2018 bis 31.01.2019
- 4 Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen
- 5 Personalentwicklung bei der Stadt Hilden - zusätzlich mdl. Vortrag
- 6 Pflege der städtischen Grünflächen
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Brehmer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, den Vertreter der Presse sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen war und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

1 Befangenheitserklärungen

Keine

2 Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden

WP 14-20 SV
10/065

Herr 1. Beig. Danscheidt wies darauf hin, dass die vorliegende Sitzungsvorlage eine Fortführung der Aufgabenkritik sei. Im Amt für Jugend, Schule und Sport habe es durch Aufgabenverschiebungen an einigen Stellen Mehrbedarfe gegeben, die aber letztlich durch Synergieeffekte kompensiert werden konnten. So sei es insgesamt zu einer Einsparung gekommen. Frau Zaremba bestätigte

es und wies auf die neuen Herausforderungen in den verschiedensten Bereichen hin, wobei sich Einsparungen aber auch Mehrbedarfe zum Teil z.B. durch Umorganisation und Digitalisierung ergeben würden, es handele sich um einen fortlaufenden Prozess in einer lernenden Organisation.

RM Toska erkundigte sich nach den Auswirkungen der Stellenwegfälle.

Herr Beig. Eichner erläuterte, dass das Ziel sei, das Fachamt so aufzustellen, dass in den nächsten Jahren, wenn sich Austritte abzeichnen, die Organisation und Aufgabenerledigung gewährleistet sei.

Herr 1. Beig. Danscheidt ergänzte, dass man immer auch die Fallzahlenentwicklung beachten und entsprechend reagieren müsse. Bei über 240 Stellen sei die Einsparung von 5 Stellen relativ. In der nächsten Sitzung des Personalausschusses werde dann mit der Vorlage der Optimierung des Kultuaramtes die Aufgabenkritik abgeschlossen sein.

Beschlussvorschlag:

„Der Personalausschuss nimmt Kenntnis von der Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden.“

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

3	Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2018 bis 31.01.2019	WP 14-20 SV 10/066
---	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Wiederbesetzung freier Stellen für den Zeitraum vom 01.02.2018 bis 31.01.2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

4	Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen	WP 14-20 SV 10/067
---	---	-----------------------

Antrag der Verwaltung – Produkt 010804 - Zuschüsse

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Antrag 04 – Produkt 010804 – Mitgliedschaft KAV

Herr 1. Beig. Danscheidt stellte klar, dass die Verwaltung entgegen der Darstellung in der Änderungsliste einen Haus-Tarifvertrag abschließen könne, aber nicht müsse. Es bestünde gegenüber den neu einzustellenden Beschäftigten keine Tarifbindung mehr, was zu individuellen Vereinbarungen mit abzusehenden Mehrkosten führen würde. Alte Arbeitsverträge hätten weiterhin Bestand, die Ungleichbehandlung würde aber zu Missstimmung führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

Antrag der Verwaltung – Produkt 021501 – Bereitschaftsdienst Feuerwehr

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Antrag der Verwaltung – Produkt 021701 – Bereitschaftsdienst Feuerwehr

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Antrag 20 – Produkt 050303 – Betreuungsschlüssel Asyl

RM Toska brachte seine Sorge über die Unterbesetzung zum Ausdruck und erkundigte sich nach den bisher ergriffenen Maßnahmen.

Herr Beig. Eichner gab an, dass seit dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle regelmäßig Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt worden seien, ob und in welchem Umfang Unterstützung notwendig sei. Auch mit dem derzeit reduzierten Personal werde versucht über konzeptionelle Änderungen im engen Austausch die Betreuung sicher zu stellen. Für eine befristete Zeit könne das erfolgen. Herr 1. Beig. Danscheidt bestätigte dies und erklärte, dass es sich hier nicht um eine Stellenproblematik, sondern um ein Problem der Besetzung handele.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (10:2)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Ja
Allianz	Nein
Grüne	Ja
FDP	Nein

Antrag 23 – Produkt 050303 – Stellenentfristung Asyl

RM Toska stellte die Problematik von befristeten Stellen dar, die sich auch auf die Besetzung im Bereich Asyl auswirken würde. Trotz der Aussagen von Herrn 1. Beig. Danscheidt und Frau BGMin Alkenings, dass Sozialarbeiter*innen nur in den Ämtern 50 und 51 benötigt würden und es bei ca. 250 Stellen nur wenige Stellen für diese Berufe gebe, wünschte RM Toska eine Möglichkeit in den nächsten Jahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (10:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Enth
Allianz	Nein
Grüne	Ja
FDP	Nein

Antrag 25 – Produkt 050303 – Stelleneinrichtung Traumabetreuung

RM Toska wies auf die Problematik der Nachfolge des Herrn Dr. Hipp (Kreisgesundheitsamt) hin und dass immer mehr traumatisierte Flüchtlinge hier ankommen würden.

Herr 1. Beig. Danscheidt gab an, dass zur Behandlung und Begutachtung auch andere Einrichtungen des LVR zur Verfügung stünden. Herr Beig. Eichner bejahte die Frage von Frau Dylewski,

dass dies zwar eine Leistung der Krankenkasse sei, die Begleitung der Menschen auch über Netzwerke erfolge, es aber nicht ausreichend Therapieplätze gebe.

Den Hinweis von Herrn Burchartz auf das Angebot am Holterhöfchen bestätigte Herr Beig. Eichner, wies aber auch darauf hin, dass das Angebot auch angenommen werden müsse.

Nachdem sowohl Frau Ellendt-Kelzenberg wie auch Frau Dylewski auf die Auswirkungen von Traumata hinwiesen, erklärte Frau BGMin Alkenings, dass sich die Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen derzeit sehr wohl um solche Probleme kümmern würden, da die erste Hilfe nicht mehr so vorrangig sei. Würde man die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle befürworten, müsse beachtet werden, dass es sich um eine vollständig freiwillige Leistung handele und das dafür notwendige Geld wieder an anderer Stelle eingespart werden müsse.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (10:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Enth
Allianz	Nein
Grüne	Ja
FDP	Nein

Antrag B 11 – Reduzierung von Personalkosten im Verwaltungsbereich

Herr 1. Beig. Danscheidt erläuterte, dass die Verwaltung in den letzten Jahren immer wieder genau dies versucht habe, mittlerweile sei aber der Scheitelpunkt erreicht und es gebe immer wieder auch Mehrbedarfe.

Frau Dylewski erinnerte an den Antrag ihrer Fraktion aus 2017, der ähnlich lautete. Es sei auch für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar, wo eingespart würde. Dies bekräftigte auch Herr Burchartz.

Frau Zaremba gab an, sie könne die Argumente zwar gut nachvollziehen, für die Vergangenheit könne das aber nicht dargestellt werden, in Zukunft wolle man transparenter arbeiten u.a. durch Ermittlung und Auswertung von Personalkennzahlen. Der Vorsitzende Brehmer befürwortete dies und wies unter Zustimmung einiger Ausschussmitglieder darauf hin, dass die Begründungen regelmäßig im Stellenplan dargestellt würden.

Der Antrag aus der Bürgerschaft wurde als Anregung auch für zukünftige Jahre aufgefasst und man begrüßte die Beteiligung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (4:1)

CDU	Nein
SPD	Enth
BA	Enth
Allianz	Ja
Grüne	Enth
FDP	Enth

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss beschließt zum Haushaltsplan-Entwurf 2019 die in der Anlage aufgeführten Änderungen.

Im Vortrag von Frau Zaremba wurde deutlich, dass Maßnahmen wie z.B. Digitalisierung, Prozessbeschreibungen, Beachten der Aufgabenentwicklung, Einrichtung von Workflows in geeigneten Bereichen die Veränderungen, denen sich die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren stellen muss, positiv beeinflussen können. Um z.B. dem Führungskräfte-Mangel entgegenzutreten, sei es notwendig auch die erforderlichen Kompetenzen zu ermitteln.

Frau Ellendt-Kelzenberg erkundigte sich danach, wie die angesprochene Personalentwicklung in der Verwaltung umgesetzt werden könne.

Frau Zaremba erläuterte hier insbesondere die Notwendigkeit der Verbesserung der Aufgabenerfüllung, die auch ohne Beförderungen möglich sein müsse. Wichtiger sei die Förderung der Methodenkompetenzen und der Motivation der Beschäftigten. Hier sei an die Aufstiegsqualifizierung vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst und an die generelle Fortbildung für den Führungskräfte-Nachwuchs zu denken. Frau Ellendt-Kelzenberg sah allerdings die Notwendigkeit eine persönliche Weiterentwicklung auch mit einem höheren Gehalt zu entlohnen. Dies bestätigte Frau Zaremba grundsätzlich und wies gleichzeitig darauf hin, dass dies auch innerhalb derselben Laufbahn möglich sei. Es gebe bereits erste Anfragen nach Qualifizierungsmaßnahmen, man werde dies aber ausschreiben, sobald es angeboten werden solle.

RM Zenker erklärte, dass er die Richtung gut finde, es sei aber wichtig, dass finanzielle Mittel vorrangig in eigenes Personal und nicht in externe Beratung investiert werden sollen. Andere Städte hätte ähnliche Probleme, hier dürfe keine Silo-Lösung erarbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt Kenntnis von den Plänen der Verwaltung zur Personalentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Herr 1. Beig. Danscheidt erläuterte, dass beide Bestandteile des Beschlussvorschlags im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (UKS) abgelehnt worden seien und dies als Vorgabe für den Personalausschuss zu sehen sei.

Herr Burchartz wies darauf hin, dass seine Fraktion im UKS einen Antrag auf Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung eingebracht habe. Erst danach könne eine Aussage zum Stellenbedarf getroffen werden.

RM Toska erklärte, dass die Grünflächen in Hilden wichtig seien und der Bauhof aus seiner Sicht schon nur eine einfache Pflege betreibe. Kosten für eine externe Organisationsuntersuchung sehe er als kontraproduktiv an. Er wolle, dass entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werde. Dies bestätigte auch Frau Ellendt-Kelzenberg.

Der Vorsitzende Brehmer machte den Ausschuss darauf aufmerksam, dass nicht über den Antrag einer Organisationsuntersuchung, sondern über die vorgelegte Sitzungsvorlage insbesondere im Hinblick auf den zusätzlichen Personalbedarf zu entscheiden sei, das Konzept werde fachlich nicht im Personalausschuss überprüft.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen zur Intensivierung der Grünflächenpflege.

Die in der Sitzungsvorlage dargestellten organisatorischen und planerischen Optimierungen sind umzusetzen.

Im Haushaltsplan 2019 sowie in der Finanzplanung der Folgejahre sind bei Kostenträger 0106049030 und Kostenart 521156 Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € einzustellen.

Im Stellenplan 2019 sind folgende Stellen zusätzlich aufzunehmen:

- 1 Gärtner/innen Vorarbeiter-Stelle nach EG 06 + Zulage
- 1 Gärtner/innen-Stelle nach EG 06
- 1 Hilfspgärtner/innen-Stelle mit Werksprüfung nach EG 05
- 1 Hilfspgärtner/innen-Stelle ohne Werksprüfung nach EG 04

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

SPD	Nein
CDU	Nein
B 90/Grüne	Ja
FDP	Enth.
BA	Ja
Allianz	Nein

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Torsten Brehmer / Datum
Vorsitzender

Anke Maurer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings / Datum
Bürgermeisterin

Norbert Danscheidt / Datum
1. Beigeordneter